



fraktion intern*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 03 · 25.05.2010

*Inhalt

- | | | | |
|----|---|----|--|
| 02 | Schavan: Die Zickzackministerin | 11 | Neue Wege in der Wirtschaftspolitik |
| 03 | Editorial | 12 | Schwarz-gelbe Beliebigkeit bei der Studienförderung |
| 04 | Alleinerziehende besser unterstützen | 13 | „Bologna reloaded“ – Die Zukunft guter Lehre |
| 05 | Steuerschätzung: kein Geld für Steuer-senkungen | 13 | Gutenberg-Affäre: Machtmissbrauch und Lügen |
| 05 | Steuerhinterziehung ist kein Kavali-ersdelikt | 14 | Abschied von der globalen Strukturpolitik |
| 06 | Für einen gesetzlichen Mindestlohn | 15 | Untersuchungsausschuss Gorleben |
| | | 16 | Unsere Leserinnen und Leser sind aktiv für den Klimaschutz |

Thema Eurokrise

- 07 Schutzschirm für Europa

Schavan: Die Zickzackministerin – links antäuschen, rechts abbiegen

Das schwarz-gelbe Kabinett ist die größte und teuerste Nichtregierungsorganisation dieses Landes. Wir fragen: Was macht das Kabinett, um die Zukunftsfragen unseres Landes zu beantworten? Wir schicken sie in den Fakten-Check, diesmal: Annette Schavan (CDU).

Annette Schavan ist als Bundesbildungsministerin mit einem großen Anspruch gestartet. Das Ende der Ideologien in der Bildungspolitik hat sie verkündet. „Empirisch fundiert“ und „wissensbasiert“ wollte sie die Bildungs- und Forschungspolitik steuern. Wer so redet, von dem erwartet man klare Orientierung, Stetigkeit und Konsistenz im Handeln. Genau das aber lässt Schavan vermissen. Die ständigen Wendungen und hektischen Sprünge der Ministerin sind inzwischen legendär. „Schavanismus“ nannten das Beobachter schon in ihrer Zeit als Landesministerin in Baden-Württemberg.

Politik der Privatisierung von Bildung

Schavan redet seit 2005 viel vom sozialen Aufstieg durch Bildung und von der Förderung junger Menschen mit Migrationshintergrund. Das war wohl vor allem der SPD-Regierungsbeteiligung geschuldet. Unter Schwarz-Gelb aber macht sie Bildungschancen in Deutschland mehr und mehr zur Privatsache und damit abhängig vom sozialen Status und vom Geldbeutel der Eltern. Schavan benutzt das BAföG, das sie lange bekämpft hat und abschaffen wollte, neuerdings als Feigenblatt, um ihre Politik der Privatisierung von Bildung zu kaschieren. Auf öffentlichen Protest reagiert sie rhetorisch geschmeidig und opportunistisch. Die Ministerin macht Versprechungen und Ankündigungen in Serie, ohne Taten folgen zu lassen. Sie ist damit eine typische Vertreterin des Systems Merkel.

Opportunistische Wendemanöver

- Früher hat sie das von der SPD initiierte Ganztagsschulprogramm als „Suppenküchenprogramm“ diffamiert, heute fordert sie mehrheitskonform den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsangeboten.
- Früher bekämpfte sie die Exzellenzinitiative für die Hochschulen als Kompetenzanmaßung des Bundes, heute geriert sie sich als Garantin für deren Fortsetzung.
- Früher forderte und unterstützte sie die Stärkung der alleinigen Länderkompetenzen und Schwächung des Bundes in der Bildung. Heute hat sie bemerkt, wie wenig sie als Bundesbildungsministerin überhaupt bewegen kann und wie negativ das Kompetenzhickhack zwischen Bund und Ländern in der Bevölkerung gesehen wird. Entsprechend fordert sie jetzt eine entgegengesetzte Grundgesetzänderung, wohl wissend, dass ihre eigenen Parteikollegen Koch, Seehofer, Wulff und Mappus dies verhindern werden.
- Früher wollte sie das BAföG abschaffen, dank der SPD musste sie es 2008 aber sogar erhöhen und traut sich wegen dessen Beliebtheit auch heute nicht, es anzugreifen.
- Früher lehnte sie den SPD-Vorschlag ab, sich mit dem Hochschulpakt auch direkt an der Finanzierung von Studienplätzen zu beteiligen. Sie wollte Hochschulforschung stärker finanzieren. Heute, nachdem der Erfolg des Paktes sichtbar wird, lässt sie ihn als das zentrale Instrument zur Schaffung von Hochschulkapazitäten feiern.

Dass sich die Schaven'schen Windungen und Wendungen SPD-Positionen angenähert haben, spricht noch nicht für die Vertrauenswürdigkeit der Ministerin. Ihr Handeln bleibt widersprüchlich, unüberlegt und wird konterkariert durch lupenreinen Konservatismus an anderer Stelle, der Deutschland bei der Chancengleichheit weit zurückzuwerfen droht. Denn längst hat sie damit begonnen, Pflöcke konservativer Bildungspolitik einzurammen: Elitenbildung nach Herkunft und Privatisierung von Bildungszugängen.

Der ausführliche Fakten-Check: www.spdfraktion.de

Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

um die Finanzstabilität im Euroraum zu sichern und damit erheblichen Schaden von Deutschland abzuwenden, brauchen wir entschlossenes politisches Handeln, das Vertrauen und Sicherheit wieder herstellt. Dazu müssen alle Euro-Staaten den Weg der finanziellen Konsolidierung und struktureller Reformen gehen. Damit ein Rettungspaket nachhaltig wirkt, reicht es nicht aus, allein mit immer mehr Steuermilliarden die Euro-Staaten abzusichern.

Selbst Frau Merkel kann sich dieser Einsicht nicht länger verschließen und muss ihre Blockadehaltung endlich aufgeben. Die Kanzlerin und ihr Vizekanzler haben auf der Brücke gefehlt, als das Schiff in Seenot geraten ist. Mit ihrem Zögern und Zaudern hat diese Bundeskanzlerin Deutschland in Europa isoliert. Wir können uns eine solche Regierung nicht leisten, denn sie kostet die deutschen Steuerzahler Milliarden.



Foto: photohek.net / Thomas Köhler

Die SPD fährt einen klaren Kurs: Banken und Finanzinvestoren müssen mit mehr als nur symbolischen Gesten Verantwortung übernehmen. Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer, die alle Finanzprodukte und Handelsplätze umfasst. Um neuen Spekulationswellen vorzubeugen, müssen wir die Regulierung auf den internationalen Finanzmärkten entschlossen vorantreiben. Innerhalb der europäischen Währungsunion brauchen wir eine bessere Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik, ergänzt um einen Frühwarnmechanismus für Krisen mit systemischen Auswirkungen. Die EU muss künftige Krisen bereits in der Entstehung erkennen und selbständig lösen können. Hierzu fordern wir die Entwicklung eines Nothilfeplans, der wirksame Instrumente enthält, um überschuldete Staaten einem geordneten und raschen Restrukturierungsverfahren zuzuführen.

Wir begreifen diese Krise trotz ihrer Dramatik als Chance. Die Zuspitzung der Krise zeigt in tragischer Klarheit, wie dringlich es ist, an die Wurzeln der Krise zu gehen. Die Möglichkeit nachhaltige Verbesserungen für die Stabilität der gemeinsamen Währung, aber auch einen politischen Neuanfang für den Zusammenhalt der EU zu erreichen, ist jetzt da. Wir müssen diese Chance entschlossen ergreifen und nutzen.

Die Bewältigung dieser Krise hängt entscheidend von der Vertrauenswürdigkeit und Handlungsfähigkeit des Staates ab. Auch Deutschland ist nicht gefeit vor der Gefahr, diese Handlungsfähigkeit zu verspielen. Spätestens mit der Steuerschätzung ist Zeit für den Abschied von den Träumereien und der schamlosen Klientelpolitik dieser Regierung. Es ist Zeit, sich von ideologischen Bekenntnissen zu verabschieden. Es ist Zeit, die Lage ernst zu nehmen.

Diese Regierung ist dazu nicht in der Lage. Mitten in der größten Krise ist sie aufgrund ihrer inneren Widersprüche schlicht handlungsunfähig. Die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen haben Schwarz-Gelb hierfür den ersten Denkmittel verpasst. Wir gratulieren Hannelore Kraft und dem NRW-Landesverband sehr herzlich zur Ihrem tollen Wahlergebnis.

Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Alleinerziehende besser unterstützen

Alleinerziehende leisten tagtäglich mehr als andere, werden von der Familienpolitik aber immer noch vernachlässigt. Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket will die SPD-Bundestagsfraktion Alleinerziehende besser unterstützen: Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dagmar Ziegler hat gemeinsam mit der stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden Manuela Schwesig ein Konzept vorgelegt. Im Mittelpunkt stehen mehr Zeit, Geld und Infrastruktur.

Alleinerziehende stellen fast ein Fünftel aller Familienhaushalte in Deutschland. 90 Prozent von ihnen sind Frauen. Die Bewältigung ihres Alltags meistern sie oft alleine. Sie sind Leistungsträgerinnen unserer Gesellschaft. Ihnen Hürden aus dem Weg zu räumen ist eine zentrale Aufgabe von Politik und Gesellschaft.

Unsere Vorschläge:

- Alleinerziehende sind besonders darauf angewiesen, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Wir fordern, Alleinerziehenden noch in dieser Legislaturperiode einen Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung zu geben. Zur Finanzierung muss die Bundesregierung auf das geplante „Betreuungsgeld“ verzichten und die dafür vorgesehenen Mittel von bis zu 2 Milliarden Euro jährlich in den Ausbau und Betrieb der Kinderbetreuung investieren.
- Alleinerziehende Arbeitssuchende brauchen wirkungsvolle Unterstützung, die sich an ihrer individuellen Lebenssituation orientiert. Wir fordern eine spezialisierte Betreuung von Alleinerziehenden in den Arbeitsagenturen. Dazu gehören mehr Zeit für die Beratung, speziell geschulte Fallmanagerinnen und Fallmanager und ein besserer Betreuungsschlüssel. Mit jedem Arbeits- oder Qualifizierungsangebot muss ein Angebot zur Kinderbetreuung verbunden sein.
- Vor allem alleinerziehenden jungen Müttern ohne Berufsausbildung fällt es schwer, einen guten Einstieg in den Beruf zu finden. Deshalb muss Familienpolitik einen neuen Schwerpunkt auf die Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung legen. Wir fordern, mit Rechtsansprüchen und Anreizmodellen mehr Ausbildungsmöglichkeiten in Teilzeitform zu garantieren.
- Alleinerziehende dürfen nicht in die Mühlen zwischen Anforderungen des Arbeitgebers und Bedürfnissen ihrer Kinder geraten. Zeitflexibilität im Beruf hat für sie eine größere Bedeutung als für andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zu einer guten Zeitpolitik gehören auch echte Wiederaufstockungsrechte, damit Teilzeit nicht zur Falle wird. Deshalb fordern wir

einen Rechtsanspruch auf Wiederaufstockung nach Reduktion der Arbeitszeit wegen Kinderbetreuung.

- Da der Großteil der Alleinerziehenden Frauen sind, sind sie häufig auch von den immer noch bestehenden Geschlechterungerechtigkeiten im Erwerbsleben betroffen. Noch immer verdienen Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer. Deshalb fordern wir gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durch verbindliche gesetzliche Regelungen und einen flächendeckenden, allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn.
- Die Einkommenssituation von Alleinerziehenden hat sich in den letzten zwanzig Jahren erheblich verschlechtert. Deshalb fordern wir eine bessere finanzielle Unterstützung von alleinerziehenden Müttern und Vätern. Wir wollen den Kinderzuschlag weiter entwickeln und den Unterhaltsvorschuss ausweiten. Außerdem schlagen wir Verbesserungen bei der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten vor.

Union und FDP gefährden mit ihrer unverantwortlichen Finanzpolitik den Ausbau der Kinderbetreuungs-Infrastruktur und engen die politischen Handlungsspielräume für eine gestaltende, vorsorgende und aktivierende Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Familienpolitik ein. Es wird immer deutlicher, wer am Ende die schwarz-gelben Klientelgeschenke bezahlen soll: die jungen Menschen, die Arbeitssuchenden, die Familien – und auch die Alleinerziehenden.



Steuerschätzung: kein Geld für Steuerensenkungen

Dass für weitere Steuerensenkungen auf absehbare Zeit kein Geld da ist – weder beim Bund, noch bei den Ländern und schon gar nicht bei den Kommunen –, ist mindestens seit dem letzten Jahr (mittelfristiger Finanzplan vom 24. Juni 2009) bekannt.

Trotzdem haben alle Koalitionsparteien – nicht nur die FDP – mit massiven Steuerensenkungen Bundestagswahlkampf gemacht. Die FDP hat sogar bis zur NRW-Wahl am 9. Mai ihre massiven Steuerensenkungsvorstellungen vertreten. Noch Ende April hat sie auf ihrem Parteitag ein entsprechendes Steuerreformmodell verabschiedet. Ist das nicht eigentlich Wahlbetrug?

Die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister haben bis zur NRW-Wahl nicht den Mut gehabt, die offensichtliche Unfinanzierbarkeit von weitreichenden Steuerensenkungen einzugestehen und die Steuerensenkungspläne der FDP wie auch weitere Teile der CSU und des CDU-Wirtschaftsflügels zu kassieren. Um klare Aussagen gegenüber Parla-

ment und Öffentlichkeit bis zur NRW-Wahl zu vermeiden, wurde von der gesamten CDU/CSU-Spitze über Monate hinweg die Mai-Steuerenschätzung vorgeschoben: Erst mit der Mai-Steuerenschätzung konnte man die Lage der öffentlichen Finanzen in den nächsten Jahren. Das ist offensichtlicher Unsinn und war durchsichtige Taktik!

Jetzt gibt es keine Ausflüchte mehr. Die Ergebnisse der Steuerenschätzung bestätigen die äußerst schwierige Lage der öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen. Die Einnahmeprognozen müssen in den Jahren 2010 bis 2013 im Vergleich zu den bisherigen Schätzungen um rund 39 Milliarden Euro reduziert werden. Diese Mindereinnahmen verschärfen die ohnehin katastrophale Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Erst nach dem CDU/FDP-Wahldesaster in NRW hat Angela Merkel die Steuerensenkungen abgesagt. Damit sind die Probleme der öffentlichen Haushalte natürlich noch lange nicht gelöst. Was die richtige Konsolidierungsstrategie ist, wird die Debatte der nächsten Monate bestimmen.

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt

Die Welle der Selbstanzeigen bei Steuerhinterziehung zeigt, welche Ausmaße dieser systematische Rechtsbruch hat. Es geht um Tausende von Fällen, in denen bis zu 400 Millionen Euro an Steuern hinterzogen werden. Nach geltendem Recht jedoch verzichtet der deutsche Staat auf eine Bestrafung, wenn der Täter sich selbst anzeigt und die „verkürzten“ Steuern entrichtet.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte haben allerdings gezeigt, dass diese Regelung keinen Rückgang der Steuerhinterziehung bewirkt, sondern letztlich nur den Täter vor Bestrafung bewahrt. Ohne massiven Entdeckungsdruck – wie durch den Ankauf der sog. Steuer-CDs – wird auch in Zukunft kaum ein Steuerhinterzieher zur Selbstanzeige neigen. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung abschafft.

Es muss ein für allemal deutlich werden: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt und geht zu Lasten der ehrlichen Steuerzahler. Da darf auch die Rücksicht auf die eigene Klientel keine Rolle spielen. Schwarz-Gelb wird sonst auch noch zum Schutzpatron der Steuerhinterzieher.

Wer den Kampf gegen Steuerhinterziehung verhindert, untergräbt die Fundamente der sozialen Marktwirtschaft. Eine faire, gerechte und gleichmäßige Besteuerung ist die Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und einen handlungsfähigen Staat. Steuerhinterziehung schadet nicht einem abstrakten Staat oder straft den Finanzminister: Wer Steuern hinterzieht, schadet seinem Nachbarn, seiner Familie, seinen Freunden.

Für einen gesetzlichen Mindestlohn

Die SPD-Bundestagsfraktion will gerechte Löhne für gute Arbeit. Jeder Mensch muss in Würde arbeiten können. Dazu gehört auch eine gerechte Entlohnung. Wettbewerb muss über bessere Produkte und Dienstleistungen, effizienteres Management und klügere Ideen stattfinden – nicht über Niedriglöhne. Wer Dumpinglöhne zahlt beutet doppelt aus: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch alle Steuerzahler. Denn sie müssen für die ergänzenden Hilfen des Staates aufkommen. Mit unserem Antrag „Gesetzlichen Mindestlohn einführen – Armutslöhne verhindern“ setzen wir uns für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ein.

Rechtsanspruch auf Mindestvergütung

In dem Antrag ist vorgesehen, dass jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer künftig einen Rechtsanspruch auf eine Mindestvergütung haben. Arbeitgeber werden verpflichtet, ihren Beschäftigten einen Lohn mindestens in der gesetzlichen Höhe zu zahlen. Es wird außerdem das Verfahren zur Mindestlohn-Festsetzung durch ein Expertengremium festgelegt. Vertragliche Vereinbarungen niedrigerer Löhne sind dann unwirksam. Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz soll außerdem auf sämtliche Branchen ausgedehnt werden, damit die Tarifparteien höhere Branchen-Mindestlöhne durch Rechtsverordnung verbindlich festlegen lassen können. Der gesetzliche Mindestlohn muss durch ein Expertengremium immer wieder neu bestimmt werden. Das erlaubt, bei der Neufestsetzung die Erfahrungen der vergangenen Zeit zu berücksichtigen. Bei der erstmaligen Festlegung der Höhe des Mindestlohnes muss die Existenzsicherung entscheidendes Kriterium sein.



Zahl der Mindestlöhne unter unserer Regierungsverantwortung ausgebaut

Es ist den Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung gelungen, die Zahl der Mindestlöhne in Deutschland auszubauen und für branchenbezogene Mindestlöhne mit dem Arbeitnehmerentendegesetz und dem Mindestarbeitsbedingungengesetz wirksame Grundlagen zu schaffen. Unabhängig davon braucht Deutschland aber einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Das gilt erst Recht, wenn ab dem 1. Mai 2011 vollständige Freizügigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt herrscht. Das darf nicht der Beginn eines Wettbewerbs um Dumpinglöhne werden.

Der gesetzliche Mindestlohn sollte so ausfallen, dass eine Arbeitnehmerin, ein Arbeitnehmer sicher sein kann, bei Vollzeittätigkeit ohne öffentliche Hilfe den eigenen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Der Deutsche Gewerkschaftsbund schlägt deshalb zu Recht einen Mindestlohn von 8,50 Euro vor.

Die Branchen mit einem Mindestlohn beispielsweise im Baugewerbe oder in der Gebäudereinigung haben eine positive Beschäftigungswirkung. Auch die anderen europäischen Länder haben mit Mindestlöhnen gute Erfahrungen gemacht. In Großbritannien ist die Beschäftigungsrate stetig gestiegen seit es dort einen Mindestlohn gibt. Es hängt vermutlich auch mit der Ankurbelung des Konsums zusammen, den ein Mindestlohn auslöst.

Schwarz-Gelb ist blind für brennende soziale Fragen

Die Union und die FDP lehnen gesetzliche Mindestlöhne ab. Die Union möchte Niedriglöhnen mit einem Kombilohn-Modell begegnen, die FDP schlägt ein „Bürgergeld“ vor. In beiden Modellen sollen niedrige Löhne durch staatliche Zuschüsse ergänzt werden. Schwarz-Gelb stellt sich blind für die brennende soziale und ordnungspolitische Frage von Armutslöhnen und Lohndumping. Die Instrumente zur Schaffung und Sicherung existenzsichernder Löhne werden sogar entschärft. Die bereits eingeführten Mindestlöhne stehen unter einem Evaluationsvorbehalt. Aktuell verkündet Wirtschaftsminister Brüderle, er werde den Pflegemindestlohn, der zum 1. Juli 2010 vom Arbeitsministerium erlassen werden sollte, blockieren. Grund: die FDP lehnt Mindestlöhne im Prinzip ab.

Das gesetzliche Verbot sittenwidriger Löhne ist Augenwischerei. Löhne, die Tariflöhne oder ortsübliche Löhne um mehr als ein Drittel unterschreiten, sind bereits unzulässig. Wer aber per Gesetz die Grenze zur Legalität so niedrig ziehen will, erteilt Dumpinglöhnen von zum Teil unter 4 Euro die Stunde seinen Segen.

Schutzschirm für Europa

Die Eurozone ist in eine dramatische Krise geraten. Deshalb haben die EU-Finanzminister am 9. Mai Maßnahmen zur Wahrung der europäischen Finanzstabilität mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro beschlossen. Damit können die EU und die Euroländer einem Euro-Mitglied im Notfall gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) Kredite zur Verfügung stellen.

Zu Redaktionsschluss war noch nicht bekannt, wie die genauen Einzelheiten des Rettungspakets aussehen werden und wie der Zeitablauf der Beratungen im Deutschen Bundestag sein wird. Die SPD stand und steht für ein geeintes Europa. Genau deshalb bestehen wir aber auch weiterhin darauf, dass es nicht um eine reine Kreditermächtigung gehen darf. Für uns ist unabdingbar, dass die Kosten der Krise nicht erneut auf den Steuerzahler abgewälzt werden. Die Finanzmärkte müssen an den Kosten beteiligt werden. Wir müssen den Wettlauf der Märkte gegen die Politik bestehen.

Die Chance, nachhaltige Verbesserungen für die Stabilität der gemeinsamen Währung, aber auch

einen politischen Neuanfang für den Zusammenhalt der Europäischen Union zu erreichen, ist jetzt da. Wir müssen diese Chance entschlossen ergreifen und nutzen.

Entschlossenes politisches Handeln gefordert

In der gegenwärtigen Schuldenkrise und angesichts aggressiver Spekulationsattacken gegen den Euro ist konsequentes politisches Handeln geboten, das Vertrauen und Sicherheit wieder herstellt. Es geht heute nicht mehr nur um das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Märkte, es geht um das Vertrauen in den Staat selbst. Wir sind gefordert, die Integrität der europäischen Währungsunion und die Handlungsfähigkeit der EU unter Beweis zu stellen.

Der Ausgangspunkt für die jetzige Krisenwelle liegt darin, dass Staaten weltweit, auch und gerade im Euro-Währungsgebiet, zur Bekämpfung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise teils enorme staatliche Defizite aufgehäuft haben. Verschärfend kommen Spekulationen auf die Zahlungsunfähigkeit einzelner Euro-Länder hinzu.

Rettungsschirm für den Euro

EU, Internationaler Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB) haben am 9. Mai ein beispielloses Maßnahmenbündel geschnürt, das der Stärkung und dem Schutz des Euro dienen soll.

Das Paket hat einen Umfang von 500 Milliarden Euro seitens der EU. Hinzu kommen bis zu 220 Milliarden Euro vom IWF. 60 Milliarden Euro stellt die EU dabei mit Hilfe eines Notfallfonds bereit.

Für weitere 440 Milliarden Euro geben die Mitgliedstaaten Garantien an eine noch zu gründende Zweckgesellschaft. Deutschlands Anteil an den Kreditbürgschaften soll mindestens 123 Milliarden Euro betragen.

Deutschland braucht den Euro

Wir Deutschen haben als führende Exportnation vor allen anderen Mitgliedstaaten das größte Interesse an einer stabilen Euro-Zone. Der Zusammenbruch ganzer Staaten in Europa und eine instabile Währung würden hunderttausende von Arbeitsplätzen in Deutschland gefährden. Deshalb müssen wir schnell handeln – aber es kommt darauf an, das Richtige zu tun. Es geht nicht um Gefälligkeiten gegenüber anderen Staaten sondern um die Wahrung der Stabilität in der Euro-Zone, an der wir ein hohes eigenes Interesse haben sollten. Ohne eine gemeinsame stabile Währung hätte die Wirtschafts- und Finanzkrise unseren Kontinent noch härter getroffen. Die europäischen Staaten sind längst untrennbar miteinander verwoben, deshalb ist die Solidarität mit Griechenland der beste Selbstschutz für uns Deutsche.

Nachhaltige Europäische Wachstumsstrategie

Griechenland hat sich in einer herausragenden Anstrengung zu einem Konsolidierungsprogramm verpflichtet, um auf den Weg solider Staatsfinanzen zurückzukehren. Die Herausforderung betrifft aber nicht Griechenland allein – den Weg zur finanziellen Konsolidierung und zu strukturellen Reformen müssen alle Euro-Staaten entschlossen gehen. Dazu gehört auch die Entwicklung einer nachhaltigen Europäischen Wachstumsstrategie.

Ein glaubwürdiger Pfad zum schrittweisen Abbau der Schuldenprobleme in den betroffenen Eurostaaten muss daher drei Elemente umfassen:

- Die in den Konditionen des Rettungspakets enthaltenen strukturellen Anpassungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.
- Gezielte Einnahmeverbesserungen, insbesondere dort, wo bisher die Steuersätze bzw. der Steuervollzug markant vom sonstigen europäischen Gefüge abweichen.
- Ein Mechanismus zur Beteiligung der Gläubiger (z. B. durch Zinsanpassungen o.a.), der die Schuldnerländer unmittelbar entlastet.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrem Entschließungsantrag vom 6. Mai 2010 betont: Eine reine Kreditermächtigung für Griechenland reicht

nicht aus, damit Vertrauen zurückkehrt. Niemand darf jetzt aus der Verantwortung entlassen werden. Die Konsolidierung kann nicht gelingen ohne eine effektive Beteiligung der Finanzmarktakteure. Wir brauchen wirksame Schritte gegen die Spekulation. Wir fordern eine bessere Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union, ergänzt um einen Frühwarnmechanismus für Krisen mit möglicherweise systemischen Auswirkungen.

Wir wollen die Europäische Union in die Lage versetzen, künftige Krisen rasch und selbstständig zu lösen. Dazu haben wir die Entwicklung eines Notfallplans gefordert, der wirksame Instrumente enthalten muss, um überschuldete Staaten einem geordneten und raschen Restrukturierungsverfahren zuzuführen.

Verantwortungsloses Handeln oder Nichthandeln der Kanzlerin

Die Bundesregierung hat noch am 7. Mai 2010, wenige Stunden vor dem erneuten Krisen-Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs, bei der Beschlussfassung über das Rettungspaket für Griechenland im Deutschen Bundestag nichts verlauten lassen über die unmittelbar bevorstehende Notwendigkeit weiterer dramatischer Schritte

Klare Positionen der SPD

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Gegensatz zur Bundesregierung klare und konkrete Positionen. Mit zwei Anträgen haben wir bereits im Dezember 2009 gefordert, die Banken an den Lasten der Krisenbekämpfung zu beteiligen und präventive Maßnahmen einzusetzen, um eine Wiederholung der Finanzmarktkrise zu verhindern.

Wir haben die Bundesregierung aufgefordert:

- sich konsequent für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionsbesteuerung einzusetzen. Sollte sich auf internationaler Ebene keine Einigung erzielen lassen, soll eine europäische Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Kann weder eine internationale noch eine europäische Übereinkunft erreicht werden, soll als erster Schritt eine nationale Börsenumsatzbesteuerung eingeführt werden.
- die erste Erfolge zeigenden nationalen und internationalen Maßnahmen gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung mit Nachdruck weiterführen.
- bei der Umsetzung ihrer Pläne zur Neuordnung der Finanzmarktaufsicht in Deutschland auf alle Maßnahmen zu verzichten, die die Aufsicht institutionell oder personell schwächen könnten.

- für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu sorgen.
- umgehend eine wirksame Begrenzung der Banker-Boni durchzusetzen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben muss sofort umgesetzt werden.

Außerdem haben wir in unserem Entschließungsantrag zur Griechenland-Hilfe gefordert:

- Die Regulierung von Rating-Agenturen weiter verbessern. Direkte finanzielle Verflechtungen zwischen Rating-Agenturen und Finanzinvestoren, die von einem Rating profitieren, müssen verringert werden. Wir wollen außerdem die Gründung einer europäischen Rating-Agentur.
- Spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) auf Staatsanleihen verbieten. Rechtlich durchsetzbare Kreditausfallversicherungen soll nur noch abschließen dürfen, wer tatsächlich Eigentümer der jeweiligen Kreditforderung ist.
- Leerverkäufe sind zu verbieten. Finanzmarktakteure können und müssen künftig andere, deutlich weniger spekulative Instrumente mit gleicher ökonomischer Zielsetzung in Anspruch nehmen.

und finanzieller Garantien mit vielfach höheren Beträgen und möglichen Risiken für die deutschen Steuerzahler. Dies lässt nur zwei Schlüsse zu: Entweder hat die Bundesregierung die Öffentlichkeit bewusst getäuscht. Oder sie ist unvorbereitet in die Verhandlungen in Brüssel gegangen und wurde von den Ereignissen überrollt.

Sozialdemokratisches Krisenmanagement fehlt

Sozialdemokratische Minister haben nach der Lehmann-Pleite gezeigt, was verantwortungsbewusstes, schnelles Handeln ist, wir haben die Debatte in Europa bestimmt und uns nicht – wie die jetzige Bundesregierung – von anderen treiben lassen. Schon damals haben wir gesagt: Wir dürfen uns nicht auf kurzfristiges Krisenmanagement beschränken, sondern müssen den Ursachen der Krise zu Leibe rücken und ihre Verursacher an der Beseitigung ihrer Folgen beteiligen. Eine Finanztransaktionssteuer in Europa, wie sie Peer Steinbrück wiederholt vorgeschlagen hat, würde die Verursacher zur Kasse bitten. Würden wir dann endlich bestimmte gefährliche Praktiken an den Finanzmärkten verbieten und auch diese Märkte regulieren, hätten wir viel geleistet, damit sich diese Krisen nicht ständig wiederholen.

Damit findet die über Monate hinweg praktizierte, vollkommen verantwortungslose Verschleppung von Entscheidungen und Verweigerung von Informationen gegenüber Parlament und Öffentlichkeit ihren vorläufigen Höhepunkt. Bundesregierung und Regierungsfractionen verletzen ihre Pflicht, alles dafür zu tun, dass die Nothilfe zur Stabilisierung des Euro durch eine breite Mehrheit getragen wird und Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung findet. Alle weiteren politischen Schritte müssen jetzt begleitet sein von einer grundlegenden Veränderung der Informationspolitik und des Krisenmanagements. Die Bundesregierung muss vor dem Deutschen Bundestag nach bestem Wissen Rechenschaft ablegen und lückenlos alle erforderlichen Informationen übermitteln, die eine Einschätzung von finanziellen Risiken, aber auch von noch offenen Fragen, die mit den neuen Verpflichtungen verbunden sind, ermöglichen.

Wirksame Konsolidierungsmaßnahmen notwendig

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt die Erklärung der Finanzminister im Rat der Europäischen Union (ECOFIN) vom 10. Mai 2010, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die finanzielle Stabilität in Europa zu sichern. Rat und Kommission haben sich verständigt, nachdrücklich zusätzliche und signifikante Konsolidierungsmaßnahmen in den

Jahren 2010 und 2011 anzustreben und – beginnend mit Maßnahmen für Spanien und Portugal – dem ECOFIN am 18. Mai 2010 vorzustellen. Dabei geht es nicht nur um nachhaltige finanzielle Stabilität, sondern auch um die Unterstützung zusätzlichen Wirtschaftswachstums. Entscheidend wird aber sein, dass sich alle Staaten des Euro-Raums über wirksame Konsolidierungsmaßnahmen verständigen.

Europäischer Stabilisierungs-Mechanismus

Wir begrüßen, dass ein „Europäischer Stabilisierungs-Mechanismus“ eingeführt werden soll. Bislang ist bekannt, dass in einem ersten Schritt die EU-Kommission finanzielle Mittel von bis zu 60 Milliarden Euro bereitstellen wird, die an strenge Auflagen und Bedingungen geknüpft werden, die denen des Internationalen Währungsfonds (IWF) vergleichbar sein sollen. Darüber hinaus sollen die Mitgliedstaaten des Euro-Raums über eine Zweckgesellschaft bis zu weiteren 440 Milliarden Euro garantieren, und auch der IWF soll einen weiteren Beitrag in Höhe von etwa 220 Milliarden Euro leisten. In einem dritten Schritt soll die Europäische Zentralbank (EZB) mit einbezogen werden.

Mit diesen Maßnahmen wird ein wichtiger und im Grundsatz richtiger Weg auch hin zu einem europäischen Nothilfeplan beschritten. Zahlreiche Einzelheiten der Vorschläge sind jedoch noch nicht bekannt, viele Fragen unbeantwortet. Wir haben die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen mit Nachdruck aufgefordert, ohne weitere Verzögerungen die europäischen Vorschläge, insbesondere auch deren Umsetzung in Deutschland, zu präzisieren. Wir erwarten dabei rückhaltlose Offenheit, damit verlorenes Vertrauen wiederkehren kann.

Mehr und bessere Regulierung und Aufsicht

Wir haben klargestellt: Um künftige Krisen zu verhindern, ist es erforderlich, ihre Ursachen entschlossen und rasch zu bekämpfen. Daher begrüßen wir die Erklärung des ECOFIN, mehr und bessere Regulierung und Aufsicht sei notwendig, insbesondere auf dem Markt für Finanzderivate und bei der Rolle von Ratingagenturen. Es ist eine zwingende Forderung, dass die Bundesregierung umgehend, möglichst schon zum 1. Juli 2010, spekulative Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen und Leerverkäufe verbietet. Ebenso zwingend brauchen wir eine Regulierung des „Grauen Kapitalmarktes“ sowie eine europäische Ratingagentur. Die jüngsten Entwicklungen zeigen in dramatischer Klarheit, wie leichtfertig CDU, CSU und FDP unsere Forderungen abgelehnt haben und wie dringlich es ist, an die Wurzeln der Krise zu gehen. Wir werden unsere Vorschläge im Lichte





des Volumens und der Tragweite des nun vorgeschlagenen Nothilfeplans nochmals aktualisieren.

Finanzsektor zur Verantwortung ziehen

Jeder Fortschritt in der Krisenbekämpfung und -bewältigung wird nur erfolgreich und nachhaltig sein, wenn der Finanzsektor beteiligt und zur Verantwortung gezogen wird. Wir begrüßen, dass die Notwendigkeit betont wird, den Finanzsektor in Zukunft z. B. über eine „Stabilitätsabgabe“ an den Kosten einer Krise zu beteiligen. Insbesondere unterstreichen wir die Verständigung, die Möglichkeit einer Finanztransaktionssteuer zu prüfen, die mittlerweile auch von wichtigen Teilen der deutschen Kreditwirtschaft (u. a. dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband) befürwortet wird. Deutschland muss wieder Vorreiter in Europa sein. Auch der IWF betont, dass zahlreiche G-20-Staaten bereits verschiedene Finanztransaktionen besteuern. Wir erwarten dazu konkrete Initiativen der Bundesregierung.

Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Wir bekräftigen unsere Forderung, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, um die substantielle und dauerhafte Beteiligung des Finanzsektors besonders an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben, aber auch an der Bewältigung von Krisenkosten sicherzustellen. Wir betonen, dass eine europäische

Finanztransaktionssteuer geeignet ist, kurzfristige und sehr kurzfristige spekulative Geschäfte einzuschränken. Dies wurde auch auf einer Anhörung des Finanzausschusses am 17. Mai von zahlreichen Sachverständigen aus Wissenschaft, Wirtschaft, NGOs und der Finanzwelt bestätigt. Auch die von der FDP verbreiteten Horrorzahlen zur Belastung von Klein- und Riestersparern wurden widerlegt. Die Belastung ist minimal und fällt im Vergleich zu Konto- und Depotgebühren nicht ins Gewicht.

Über eine Finanztransaktionssteuer hinaus bekräftigen wir unser Ziel, in Zukunft auch die Gläubiger eines Staates, der in Not gerät, an dessen Rettung zu beteiligen. Der neue europäische Nothilfeplan muss hierfür ein geeignetes Instrument vorsehen. Wir plädieren dafür, dass unter Führung der EZB mit Banken und Investoren, die Staatsanleihen des betroffenen Staates halten, jeweils Verhandlungen aufzunehmen sind, um eine Beteiligung an den Kosten einer jeweiligen Rettungsmaßnahme zu erreichen. Ziel dieser Verhandlungen ist, nicht länger gerechtfertigte Risikoaufschläge bei den vereinbarten Anleihezinsen aufgrund des durch staatliche Rettungsmaßnahmen dann wegfallenden Risikos zurückzunehmen.

Ausführliche weitere Informationen zum Thema unter www.spdfraktion.de

Leerverkäufe

Unter Leerverkäufen versteht man den Verkauf von Wertpapieren, die der Verkäufer zum Verkaufszeitpunkt noch nicht besitzt. Dazu leiht er sich teilweise die Papiere („gedeckte Leerverkäufe“), oder auch nicht („ungedeckte Leerverkäufe“, „naked short selling“). An der Börse ist der Händler nicht zu einer sofortigen Lieferung der Wertpapiere verpflichtet. Der Leerverkäufer hofft auf sinkende Börsenkurse. Er verkauft daher Wertpapiere zum Zeitpunkt x und verpflichtet sich diese innerhalb einer bestimmten Zeitspanne zu liefern.

Der Zeitraum ist abhängig von den jeweiligen Börsen, er liegt zwischen drei und fünf Tagen. Ein Leerverkäufer verkauft zum Beispiel die Aktien der »Mustermann AG« zu einem Kurs von 100 Euro zum Zeitpunkt x. Liefern muss er die Wertpapiere erst in 3 Tagen. Sinkt der Kurs der Wertpapiere bis dahin auf 90 Euro, konnte der Leerverkäufer einen beträchtlichen Gewinn realisieren. Im Rahmen der Finanzkrise wurden in mehreren Staaten darunter die USA, Großbritannien und Deutschland Leerverkäufe von bestimmten Finanzwerten verboten. In Deutschland sind sie seit Ende Januar 2010 durch die BaFin wieder erlaubt worden.

Finanztransaktionssteuer

Eine globale Finanztransaktionssteuer (FTS) in Höhe von z. B. 0,05 Prozent könnte jährlich globale Einnahmen in Höhe von rund 500 Milliarden Euro generieren. 200 Milliarden Euro könnten allein in der EU eingenommen werden. Auf Deutschland entfielen davon ungefähr 20 Milliarden Euro jährlich. Diese Einnahmen könnten für nachhaltige Investitionen in die Armutsbekämpfung, den Kampf gegen den Klimawandel und Bildung verwandt werden. Dadurch würde die weltweite Solidarität gestärkt. Eine FTS würde dazu beitragen, die Anzahl der Finanzaktivitäten, insbesondere die Spekulationen zu begrenzen. Bei jeder Transaktion würden 0,05 Prozent des Handelsvolumens als Steuer anfallen. Damit würden kurzfristige Geschäfte im Vergleich zu langfristigen Investitionen deutlich unattraktiver werden: Denn je häufiger die Transaktion stattfindet, desto stärker die Belastung. Eine FTS würde somit helfen ein Teil der enormen Kosten zur Bewältigung der Krise dort wieder hereinzuholen, wo die Spekulation die schlimmsten Blüten treibt. Mittels einer FTS wären alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten und alle Devisentransaktionen erfasst.

Neue Wege in der Wirtschaftspolitik

Union und FDP betreiben Klientel- und Verschuldungspolitik statt zentrale Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen. Wenn die Bewältigung der Herausforderungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise misslingt, wird sich die deutsche Wirtschaft für lange Zeit nicht erholen. Um gestärkt aus der Krise zu kommen, brauchen wir neue Ziele unseres Wirtschaftens.

Lebensqualität, Teilhabe und sozialen Fortschritt berücksichtigen

Dabei müssen nachhaltige Lebensqualität, Teilhabe und sozialer Fortschritt stärker berücksichtigt werden. Es muss uns um eine Wirtschaftspolitik gehen, die Gemeinwohl und Fortschritt verbindet. Wir dürfen uns nach der Krise nicht in biedermeierlicher Manier auf alte konservative und wirtschaftsliberale Glaubenssätze zurückziehen, sondern wir brauchen eine neue Vision von sozial-ökologischem Wachstum, kurz: von Fortschritt.

Tatenlosigkeit beenden – Spielräume nutzen

Die Tiefe und Bedeutung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise darf nicht verkannt werden. Der Regierung fehlen Ideen und Strategien, ihr fehlt die Kraft für konsequentes Handeln. Zu sehen ist nur Abwarten und Schönreden. Aber die konsequente Anti-Krisen-Politik der Großen Koalition darf nicht versickern. Bei der Konjunkturprognose des IWF ist Deutschland bereits herabgestuft worden. Und die Hälfte des Wachstums geht immer noch auf das Konto der Investitionsprogramme aus dem letzten Jahr. Mit den Konjunkturpaketen haben wir das Schlimmste verhindert. Ein neues, selbsttragendes Wachstum gibt es noch nicht.

Was wir jetzt brauchen sind Investitionen in neue Ideen und neue Produkte, Wachstumspolitik mit Gestaltungsspielräumen. Die Bundesregierung jedoch ist gerade dabei, mit ihrer unverantwortlichen Steuerpolitik letzte Spielräume zu verschenken. Sie führt uns mit ihrer Politik zurück in die goer Jahre, in denen sich die Politik aus den Angelegenheiten der Wirtschaft raushalten soll. Wohin das geführt hat, haben wir ja gesehen.



Sozial-ökologischer Fortschritt

Es kann jetzt nicht darum gehen, einfach so weiter zu machen wie bisher und nur auf das BIP-Wachstum zu schauen. Wir wollen daher über die Frage diskutieren, inwieweit das Bruttoinlandsprodukt uns überhaupt Auskunft über die Lebensqualität der Menschen gibt. Gebraucht wird ein neuer Fortschrittsindikator, in den auch Nachhaltigkeit, Bildung und soziale Teilhabe eingehen. Die Finanzkrise erfordert grundlegendere Konsequenzen als Kurzarbeit und Bankenabgabe. Nachhaltige Lebensqualität und sozialer Fortschritt müssen zum Maßstab von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik werden.

Fortschritts-Enquete-Kommission

Frank-Walter Steinmeier hat sich darüber hinaus gemeinsam mit den Grünen dafür ausgesprochen, dass der Deutsche Bundestag eine „Fortschritts-Enquete-Kommission“ einsetzt. Diese soll Vorschläge für grundlegende Konsequenzen aus der Wirtschaftskrise erarbeiten, um eine neue Qualität der wirtschaftlichen Entwicklung zu schaffen.

Wirtschaftspolitische Konferenz als Diskussionsauftakt

Die SPD lädt zu einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion über einen neuen Fortschrittsbegriff und die neue Wirtschaftspolitik ein. Mit einer hochkarätig besetzten Konferenz „Antworten auf die Krise – Leitideen einer neuen Wirtschaftspolitik“ am 21.4.2010 hat sie den Diskussionsprozess begonnen und ihr Diskussionspapier „Mit neuen Investitionsimpulsen aus der Krise“ vorgestellt.

Weitere Informationen unter www.spdfraktion.de

Schwarz-gelbe Beliebigkeit in der Studienförderung

Nach über einem halben Jahr Leerlauf hat die Bundesregierung ihr erstes Gesetzesvorhaben in der Bildungspolitik vorgelegt – und umgehend massive Kritik von allen Seiten geerntet. Das von Schwarz-Gelb geplante „Nationale Stipendien-Programm“ verschärft die Chancenunterschiede im Studium, führt zu Beliebigkeit in der Studienförderung und wird den Praxistest kaum bestehen. Selbst konservative Studierenden-Verbände bezeichnen das Vorhaben schlichtweg als „Quatsch“.

Bundesbildungsministerin Schavan wird nicht müde, von einer „neuen Stipendien-Kultur“ und von mehr zivilgesellschaftlichem Engagement bei der Studienfinanzierung zu fabulieren. Die breite öffentliche Kritik zeigt aber: Das schwarz-gelbe Stipendien-Modell verschärft die soziale Ungerechtigkeit in der Hochschulbildung. Es ist konjunkturabhängig, führt zu einer erheblichen bürokratischen Belastung der Hochschulen, verstärkt regionale Unterschiede und errichtet neue Mobilitätshürden im Studium. Wirtschaftsverbände warnen bereits vor „überzogenen Erwartungen“ an die Unternehmen.

Fakt ist:

- Das Stipendien-Programm verstärkt soziale Ungleichheiten und schafft keine neuen Bildungschancen. Erfahrungen mit anderen Programmen belegen, dass Stipendien die Chancen von Studierenden aus einkommenschwächeren Elternhäusern nicht verbessern. Finanzielle Unsicherheiten stellen die größte Hürde für junge Menschen dar, ein Studium aufzunehmen. Das Stipendien-Programm löst dieses Problem nicht, da eine Bewerbung erst nach Aufnahme eines Studiums möglich ist. Gewerkschaften und Studierendenverbände wie der Freie Zusammenschluss von StudentInnen-schaften fordern daher mehr BAföG und einen Verzicht auf das Stipendien-Vorhaben.
- Schwarz-Gelb koppelt die Chancen auf ein Stipendium an die Konjunktur, an die Wirtschaftskraft des Hochschulstandorts, an die Interessen von Unternehmen und an das Studienfach. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände sieht in der Finanzierung von Stipendien keine originäre Aufgabe der Wirtschaft. Allein deshalb scheint ein Scheitern des Programms vorprogrammiert zu sein.

- Das Stipendien-Programm führt zu zusätzlichen bürokratischen Belastungen der Hochschulen: Die Hochschulen sollen die Gelder bei den Unternehmen einwerben, die Stipendien-Mittel verwalten und die Auswahlverfahren organisieren. Dies ist mit zusätzlichen Kosten für Bürokratie und Personal verbunden, die nicht hinreichend kompensiert werden. Deutliche Kritik kommt daher auch von den Hochschulen und der Hochschulrektorenkonferenz.
- Schwarz-Gelb errichtet neue Mobilitäts-Hindernisse im Studium: Die Pläne sehen vor, dass ein Stipendium bei einem Wechsel der Hochschule von den Studierenden nicht mitgenommen werden kann.

Studiengebühren durch die Hintertür

Das Stipendien-Vorhaben von Union und FDP ist ein weiterer Schritt auf dem schwarz-gelben Weg zur Privatisierung der Bildungschancen. Statt Bildung als öffentliches Gut komplett gebührenfrei zu stellen, sollen Studiengebühren durch die Hintertür zementiert werden. Statt Chancengleichheit durch verlässliche Rechtsansprüche auf BAföG abzusichern, wird die Studienfinanzierung an einen willkürlichen Begabungsbegriff gekoppelt und damit der Beliebigkeit anheim gestellt. Am Ende hängen die Chancen auf ein Stipendium von allen möglichen zufälligen Faktoren ab – aber weder von der sozialen Bedürftigkeit noch von der individuellen Leistung.

Soziale Ungerechtigkeiten nicht zulassen

Für die SPD steht fest: Weniger Hürden und mehr Chancengleichheit im Studium gibt es nur durch die Abschaffung der Studiengebühren für alle und die Stärkung des verlässlichen und sozial ausgleichenden Rechtsanspruchs auf BAföG für diejenigen, die sich ein Studium anders nicht leisten könnten. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, auf die Einführung des Stipendien-Programms zu verzichten und stattdessen die Einkommensfreibeträge beim BAföG zu erhöhen, um mehr jungen Menschen als bisher eine verlässliche BAföG-Garantie zu geben.

„Bologna reloaded“ – Die Zukunft guter Lehre

Anfang Mai diskutierte die SPD-Bundestagsfraktion mit Experten und Studierenden über die Zukunft guter Lehre an den Hochschulen. Ziel der Konferenz war es, nach den Bildungsprotesten der vergangenen Monate und angesichts der Debatte über Probleme bei der Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge ein erstes Fazit zu ziehen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie „Bologna reloaded“ – also eine Reform der Studien-Reform – aussehen sollte. Ein zentrales Ergebnis der Konferenz lautet: Um gute Lehre für alle Studierenden zu sichern, reicht es nicht aus, nur die größten Fehlentwicklungen zu reparieren. Neben einer grundlegenden Überarbeitung sind wirksame Maßnahmen erforderlich, um der Unterfinanzierung der Hochschulen entgegenzuwirken und die Personalausstattung zu stärken.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert einen Studienpakt von Bund und Ländern für mehr Qualität und bessere Lehre an den Hochschulen. Der Pakt soll den Hochschulen in den nächsten drei Jahren mindestens drei Milliarden Euro zur Verfügung stellen und folgende Kernelemente enthalten:

- Bologna-Studienreform zügig nachbessern: Ziel muss es sein, die Studierbarkeit und Mobilität im Studium zu verbessern und sowohl Freiräume für eigenverantwortliches Studieren als auch die Berufsbefähigung der Abschlüsse zu sichern.
- Das Master-Studium offenhalten: Bund und Länder müssen sicherstellen, dass jeder Bachelor-Absolvent, der ein Master-Studium anstrebt, einen Studienplatz erhalten kann.
- Personaloffensive an den Hochschulen initiieren: Wir fordern ein Professoren-Ausbauprogramm und die Verstärkung des akademischen Mittelbaus.

Guttenberg-Affäre: Machtmissbrauch und Lügen

Der Kundus-Untersuchungsausschuss hat zahlreiche Widersprüche zwischen den Aussagen von Verteidigungsminister zu Guttenberg und denen von Generalinspekteur Schneiderhan und Staatssekretär Wichert festgestellt. Entweder lügt Guttenberg oder Schneiderhan und Wichert lügen. Zur Aufklärung werden wir eine Gegenüberstellung beantragen.

Schon jetzt ist klar: Herr Guttenberg hat, als er durch die Bild-Zeitung unter großen politischen Druck geriet, sein Amt zum persönlichen Vorteil ausgenutzt. Der Verteidigungsminister hat seine Macht missbraucht. Guttenbergs Ur-Fehler: Nach nur wenigen Tagen im Amt hat er eine krasse Fehleinschätzung des Luftangriffs in Kundus vorgenommen, die er später kleinlaut und aus fadenscheinigen Gründen revidieren musste – nicht ohne vorher zwei der verdientesten und angesehensten Mitarbeiter seines Ministeriums als Sündenböcke vorzuschieben und in den unverdienten Ruhestand zu schicken.

Er hat Parlament, Öffentlichkeit und seine Soldaten getäuscht über die tatsächlichen Gründe für seine Neubewertung des Luftangriffs und für die Entlassung von Schneiderhan und Wichert. Er behauptete lange Zeit, entscheidender Grund für die Entlassung und für seine Neubewertung des Luftschlags sei das Vorenthalten wesentlicher Informationen gewesen. Richtig ist aber, dass sich in diesen angeblich vorenthaltenen Berichten keine einzige neue Tatsache findet. Von neuen, wesentlichen Informationen keine Spur.

Weil auch der Minister auf Nachfrage keine Fakten benennen konnte, erklärt er nun, die Inhalte hätten gar keine Rolle gespielt. Jetzt ist es die bloße „Existenz“ von zentralen Berichten und deren vermeintliche Brisanz. Wie Berichte sowohl zentral als auch inhaltsleer sein können, bleibt das Geheimnis des Ministers.



Abschied von der globalen Strukturpolitik

Kürzen, verschleiern, rechtfertigen: das ist die neue schwarz-gelbe marktliberale Entwicklungspolitik. Minister Niebel will sich um jeden Preis von dem erfolgreichen Jahrzehnt sozialdemokratisch geprägter Entwicklungspolitik als globaler Strukturpolitik absetzen. Durch die Fokussierung auf nationale Projekte statt international abgestimmter Politik riskiert er den guten Ruf, den sich Deutschland in der Entwicklungspolitik erworben hat.

Auswirkungen der schwarz-gelben Entwicklungspolitik

Das Freiwilligenprogramm „weltwärts“, das jungen Erwachsenen ermöglicht, die Arbeit im Kampf gegen Hunger und Armut hautnah kennen zu lernen, wird um ein Viertel gekürzt, bevor es richtig aufgebaut ist. Entgegen aller Warnungen der beteiligten Organisationen verhindert Niebel, dass das Programm wie geplant weitergeführt werden kann. Er rechtfertigt das damit, dass „weltwärts“ noch nicht überprüft sei. Dabei gibt es diese Möglichkeit für junge Menschen sich vor Ort zu engagieren erst seit 2007, und das Programm sollte auf 10.000 Plätze ausgeweitet werden. Doch bevor Prüfergebnisse vorliegen, sogar schon vor Beginn der Überprüfung, kürzen Minister Niebel, Minister Schäuble und nicht zuletzt die Kanzlerin den jungen Menschen die Gelder. Hiervon sind auch die Organisationen betroffen, die ihren Aufenthalt in Entwicklungsländern vorbereiten. Sie haben schon Geld und Personal in den weiteren Ausbau von „weltwärts“ investiert. Wenn jetzt Minister Niebel und seine Parlamentarische Staatssekretärin Kopp dem Parlament und der Öffentlichkeit gegenüber beteuern, dass noch alle, die für das Jahr 2010 gemeldet sind, ausreisen können, ist das wieder Augenschwärze und vertuscht erneut die trotzdem beibehaltene Mittelkürzung.

Auch beim Klimagipfel in Kopenhagen gab es leere Versprechungen der Bundesregierung. Für Klimaprojekte in Entwicklungsländern gibt es öffentlichkeitswirksam aufgeblähte Scheinfinanzierung mit Geldern, die von der letzten Bundesregierung längst für diese oder andere Entwicklungsprojekte vorgesehen waren.

Zusagen nicht erfüllt

Deutschland wurde gerade von der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, gerügt, weil die Zusagen zur Erhöhung der Entwicklungshilfe im Jahr 2010 nicht erfüllt wurden. Afrika hat nicht die international versprochenen Hilfen erhalten. Die deutsche ODA-Quote, der Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen, liegt bei nur 0,4 Prozent statt der für 2010 zugesagten 0,51 Prozent. Dabei hat Schwarz-Gelb Gelder, die von der letzten Bundesregierung bereitgestellt waren, nicht ausgezahlt, damit diese für 2010 angerechnet werden können und so die eigene schlechte Bilanz aufpolieren.

Der neue Minister kürzt an der falschen Stelle. Er will zurück zur projektorientierten Entwicklungszusammenarbeit als deutsche Klientelbedienung im Außenhandel. Minister Niebel bricht Merkels Versprechen bei den G8-Gipfeln an die Ärmsten der Welt. Der neue Minister ignoriert die bestehenden europäischen Vereinbarungen über besser abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit, mehr Transparenz, ‚ownership‘, Korruptionsbekämpfung und Kohärenz, denn er fordert solches mit großen Sprechblasen als eigene neue Erkenntnis. Damit verkauft er Deutschlands Glaubwürdigkeit und gefährdet Entwicklung.

Armut bekämpfen

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik hatte und hat den Anspruch, Armut zu bekämpfen, eigene Verantwortung mit Transparenz zu stärken und globale Gerechtigkeit durch Strukturpolitik zu erreichen. Dazu dient solide Finanzierung durch eine Finanztransaktionssteuer, wie sie die SPD fordert.

Untersuchungsausschuss Gorleben

Auf dem ganzen Planeten Erde gibt es kein Endlager für hoch-radioaktive Abfälle. Niemand hat ein Patentrezept für die dauerhafte Einlagerung von Atommüll. Von Atommüll, der aus heutiger Sicht noch im Jahre 9010 und auch noch im Jahre 90010 radioaktive Strahlung abgibt und ganze Länder verseuchen könnte. Bei 436 Kernkraftwerken weltweit hat die Menschheit also ein Problem.

Deutschland hat ein zweites: Deutschland hat Gorleben. Seit 1986 ist der Salzstock Gorleben ein „Erkundungsbergwerk“, kein Endlager. Seit fast 35 Jahren wird in Gorleben erkundet, ob in diesem Salzstock hoch-radioaktiver Atommüll dauerhaft – ergo: für die Ewigkeit – eingelagert werden kann. Seit 35 Jahren wird darüber gestritten. Und zwar politisch, wissenschaftlich und juristisch.

Denn Gorleben heißt: Die Politik hat sich über den Rat von Geologen und anderen Wissenschaftlern hinweggesetzt. Gorleben war wissenschaftlich unerwünscht, aber politisch gewollt. Gorleben heißt eben nicht, dass man unter wissenschaftlichen Aspekten den besten Standort gesucht hätte – Gorleben musste einfach her, weil in diesem Teil Deutschlands eine konservative Landes- und Bundesregierung auf wenig Widerstand hoffte. Auch die ehemalige Umweltministerin und jetzige Bundeskanzlerin, Angela Merkel, beharrt heute auf Gorleben. Die Physikerin Angela Merkel hat der Wissenschaft nie eine Chance gegeben. Selbst Dr. Angela Merkel stellt politisches Kalkül über physikalische Gesetzmäßigkeiten.

Gorleben wissenschaftlich unerwünscht

Deshalb ist es zwingend notwendig, dass nach über 35 Jahren das „Problem“ Gorleben endlich zum Thema in einem parlamentarischen Untersuchungsausschusses wird. Sein Auftrag ist die Klärung und Offenlegung einer im Raum stehenden politischen Manipulation.

Für viele Beobachter ist die politische Einflussnahme der Kohl-Regierung jetzt schon erwiesen. Die kürzlich veröffentlichten Originaldokumente durch Greenpeace sprechen eine eindeutige Sprache: Politischer Druck hat die Wissenschaft verdrängt. Belegt wird dies auch durch einen Bericht des damaligen Bundesumweltministers Sigmar Gabriel vom September 2009, der heute noch von der Homepage des Bundesumweltministeriums heruntergeladen werden kann.

Obwohl der aktuelle Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) folglich per Internet dokumentiert, dass er die Bewertungen seines Vorgängers teilt, ignoriert Röttgen wissenschaftliche Sachverhalte und lässt Gorleben weiter erkunden. Und zwar ohne Suche nach Alternativen. Damit setzt sich ein konservativer Politiker einmal mehr über wissenschaftlichen Rat hinweg und exekutiert die Interessen einer Lobby. Darüber hinaus denkt die Union laut über Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken nach. Umweltminister Röttgen nimmt billigend in Kauf, dass trotz ungelöster Endlagerung bei zehn Jahren Laufzeitverlängerung der hochradioaktive Atommüll um weitere 4.500 Tonnen anwächst. Wie gesagt: Die Endlagerfrage ist weltweit ungelöst.

Keine Alternative geprüft

Röttgen setzt weiter nur auf Gorleben und sein Kollege Reinhard Grindel, CDU-Obmann im Untersuchungsausschuss sekundiert mit der unhaltbaren These: „Ein besseres Endlager gibt es nicht“. Und die Kanzlerin macht das, was sie immer macht: Nichts!

Die CDU verfährt offensichtlich auch heute nach dem Motto: Was nicht passt, wird passend gemacht! Dabei spielt die schwarz-gelbe Regierung „Russisches Roulette“. Denn der Standort Gorleben ist schon jetzt politisch delegitimiert. Wenn sich aber am Ende des Untersuchungsausschusses herausstellen sollte, dass Gorleben nicht auf wissenschaftlich fundierter Basis, sondern allein durch politischen Druck erkundet wurde, dann ist Gorleben tot. Und dann hat die Merkel-Regierung ein noch größeres Problem. Denn sie hat gar nichts mehr, noch nicht mal ein Erkundungsbergwerk. Die zu Attentismus neigende Kanzlerin Merkel müsste dann nach fast 40 Jahren „Tarnen, Täuschen, Tricksen“ bei der Endlagersuche ganz von vorne anfangen und: Handeln.

Unsere Leserinnen und Leser sind aktiv für den Klimaschutz

Wir hatten unsere Leserinnen und Leser aufgefordert uns Beispiele zuzusenden, welchen Beitrag sie zum Schutz unseres Klimas leisten. Zwei Zusendungen stellen wir hier kurz vor:

Ein Leser drängt gemeinsam mit seiner Frau seit Jahren die Umweltbelastung durch den Menschen durch viele Maßnahmen zurück: Hauptsächliche Nutzung von ÖPNV und Fahrrad, energetische Isolierung des Hauses, Warmwasserbezug über Wärmepumpe, Nutzung einer Regenwasserzisterne für Toilette und Waschmaschine, wenig Fleisch essen sowie der Einsatz energiesparender Geräte, Stromproduktion durch Photovoltaik und Verzicht auf Stromschlucker wie Microwelle und Trockner.

Ein weiterer Leser sandte uns Informationen zu den Bürger-Solaranlagen im bayerischen Schwabach. Dort engagieren sich die Bürgerinnen und Bürger als Agenda21-Aktive und installieren z. B. seit 2002 auf Dächern öffentlicher Gebäude Photovoltaik-Anlagen. Die Bürgerinnen und Bürger bilden eine Einkaufsgemeinschaft, mieten Dächer an und errichten dann dort gemeinsam die Anlagen. Dieses Modell ist für diejenigen interessant, die selbst nicht über ein geeignetes Dach verfügen. Hier gibt es mehr Informationen dazu: schwabach.de/agenda/37297.html

Veröffentlichung

„Schwarz-Gelb riskiert unser solidarisches Gesundheitswesen“ (Faltblatt)

Das 10-seitige Faltblatt stellt die ungerechte Kopfpauschale unserer Forderung nach einer solidarischen Bürgerversicherung gegenüber. Für uns

steht das Prinzip, dass Gesunde für Kranke und Starke für Schwache eintreten, nach wie vor an erster Stelle einer solidarischen Absicherung des Lebensrisikos Krankheit. Deshalb sagen wir Nein zur Kopfpauschale.

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern*** erscheint am 12. Juli 2010.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

VERANTWORTLICH: PETRA ERNSTBERGER MDB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

REDAKTION: VERA NICOLAY

TEXTE: ALEXANDER AMERSBERGER, STEFAN HINTERMEIER,
RUTH MÖLLER, VERA NICOLAY, OLIVER SCHMOLKE, THORSTEN SCHOLZ, CHRISTIAN UNGER, MATTHIAS WILL

ILLUSTRATIONEN UND FOTOS: BILDERBOX (S. 4, 6, 7, 9, 10,
11, 14), KLAUS VHYNALEK (TITEL)

REDAKTIONSANSCHRIFT:

SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
- ÖFFENTLICHKEITSARBEIT -
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
TELEFON: 030 / 227-510 99
TELEFAX: 030 / 227-568 00
E-MAIL: REDAKTION@SPDFRAKTION.DE
INTERNET: WWW.SPDFRAKTION.DE

GRAFIK UND LAYOUT: S. VOORWINDEN / J. MILLER

DRUCK: BRAUNSCHWEIG-DRUCK

ADRESSÄNDERUNGEN UND BESTELLUNGEN

VON VERÖFFENTLICHUNGEN:

TELEFON: 030 / 227-571 33
TELEFAX: 030 / 227-568 00

E-MAIL: OEFFENTLICHKEITSARBEIT@SPDFRAKTION.DE
ODER DIREKT IM INTERNET